

Landes-ASTen-Treffen NRW

- 1. Strebt Ihre Partei an, dass Lehre in Zukunft stärker digital unterstützt wird? Planen Sie, Studierende bei der Finanzierung der Teilnahme an digitalen Lehrangeboten zu unterstützen? Wie wollen Sie die psychosoziale Beratung von Studierenden ausbauen?**

Wir wollen die Hochschulen dabei unterstützen, die Veränderungen, die sich in der Pandemie bewährt haben, zu Dauerlösungen zu machen. Präsenzveranstaltungen und der kreative persönliche Austausch sollen auch weiterhin ein fester Bestandteil des Hochschullebens bleiben. Erforderlich ist das hochschul- und fachspezifische Austarieren des optimalen Verhältnisses zwischen digitalen Lehr- und Lernformaten sowie Präsenzformaten. Wir wollen daher im Dialog mit Studierenden und Hochschulen Erfahrungen auswerten und Strukturen fördern, eine Vernetzung bzw. Skalierung zu unterstützen und dauerhaft rechtssichere Grundlagen zu schaffen, beispielsweise für digitale Lehr- und Prüfungsveranstaltungen, Wahlen und Sitzungen von Hochschulgremien. Wir wollen ermöglichen, dass in Modellen ein Baukastenstudium, bei dem (digitale) Studienleistungen in begrenztem Umfang an anderen Hochschulen in NRW absolviert werden können, erprobt werden kann. Wir unterstützen zudem die auf Bundesebene geplante BAföG-Reform sowie die Hochschulen dabei, weiterhin den Verleih von digitalen Endgeräte anzubieten. Die Förderung der psychosozialen Beratung haben wir während der Pandemie deutlich ausgebaut; wir befürworten bei weiterhin großer Auslastung eine angemessene Erhöhung.

- 2. Wie werden Sie sicherstellen, dass die Grundfinanzierung der Hochschulen auf sicherere Beine gestellt wird, um gute Bedingungen für Lehre und Forschung durch weitreichende Entfristungen und Unabhängigkeit von Dritt-/Programmmitteln ermöglichen zu können?**

Aus dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre haben wir bereits in Regierungsverantwortung den Hochschulen neben der Grundfinanzierung ab 2021 dauerhaft pro Jahr über 900 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Dies leistet einen Beitrag, Studienkapazitäten zu erhalten und eine Qualitätsverbesserung von Studium und Lehre zu erzielen. Wir wollen die finanziellen Voraussetzungen schaffen, dass die Hochschulen für Daueraufgaben mehr unbefristete Stellen schaffen können. Darüber haben wir bereits in Regierungsverantwortung zusätzlich zu den bisherigen Mitteln die Forschungsförderung ab 2022 um jährlich 15 Mio. Euro erhöht und unterstützen damit Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen neue Forschungsprofile und Netzwerke aufzubauen und bestehende Forschungsschwerpunkte weiterzuentwickeln.

- 3. Wie will Ihre Partei die Gleichstellung an Hochschulen fördern? Werden beispielsweise Gleichstellungskonzepte bindend, ist die Einführung von Quoten geplant? Welchen Stellenwert hat insbesondere die Förderung von jungen Wissenschaftlerinnen für Ihre Partei und wie soll diese erreicht werden?**

Geschlechterdiskriminierung muss in Wissenschaft und Forschung ebenso wie anderen Bereichen überwunden werden. Damit die Wissenschaft als Berufsfeld für Nachwuchswissenschaftlerinnen attraktiv bleibt, müssen hochschulintern insbesondere die Verfahren zur Bewertung von Leistungen (z.B. Berufungsverfahren, Verfahren zur Vergabe von Leistungszulagen) überprüft werden. Wir setzen uns zudem für Transparenz ein, etwa indem Hochschulen die Gehaltsstrukturen inklusive den Leistungsbezügen veröffentlichen. Außerdem setzen wir uns für Mentoringprogramme ein. Zur Steigerung der Attraktivität des Berufsfelds Wissenschaft für Nachwuchswissenschaftler und Nachwuchswissenschaftlerinnen wollen wir ferner im Dialog mit den Hochschulen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

4. Welchen Stellenwert haben demokratische Strukturen an Hochschulen in NRW für Sie? Wie wollen Sie die Beteiligung studentischer Vertretungen sicherstellen? Wie stehen Sie in diesem Kontext zur verpflichtenden Viertelparität für Senat und Fachbereichsräte sowie zur Idee studentischer Prorektorate?

Wir setzen uns dafür ein, die politische Partizipation an Hochschulen neu zu denken. Zur Stärkung der politischen Partizipation und Selbstbestimmtheit über die Kosten ihres Studiums wollen wir die bisher bestehende verfasste Studierendenschaft zu einer selbstbestimmten Studierendenschaft entwickeln. Künftig sollen Studierende so nicht bei der Immatrikulation an der Universität Zwangsmitglied, sondern über ein souveränes Opt-In-Verfahren Mitglied der Studierendenschaft.

5. Wie plant Ihre Partei die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen NRWs deutlich zu verbessern und z. B. Kettenbefristungen entgegenzuwirken? Streben Sie in diesem Rahmen einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte an?

Wir setzen uns dafür ein, für Daueraufgaben mehr unbefristete Stellen zu schaffen. Deshalb haben wir den Hochschulen mit dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre über die Grundfinanzierung hinaus ab 2021 dauerhaft pro Jahr über 900 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft wollen wir ferner im Dialog mit den Hochschulen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Darüber hinaus befürworten wir die auf Bundesebene geplante Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes sowie die Verstetigung des Tenure-Track-Programms. Die Einbeziehung der wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräfte in den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) kann nur über die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) erfolgen, in welcher sich dafür bisher keine Mehrheit gefunden hat.

6. Welchen Stellenwert hat Nachhaltigkeit für Ihre Partei und wie wollen Sie die Nachhaltigkeit von Hochschulen in NRW fördern? Wie stehen Sie zu klimaneutralen Hochschulen? Wie wollen Sie dazu beitragen, dass an Hochschulen insbesondere das nachhaltige Bauen gefördert wird?

Als Anwalt für Generationengerechtigkeit sehen wir es als unsere Verantwortung an, nachfolgenden Generationen einen intakten Planeten zu hinterlassen. Deshalb setzen wir uns weiterhin sowohl für eine nachhaltige Finanzpolitik als auch für das Ziel der Klimaneutralität ein. Im Rahmen der Forschungsförderung haben wir Forschung zu Nachhaltigkeitsthemen gezielt gefördert. Zudem haben wir den Hochschulen zusätzlich 900 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt, welche diese etwa für neue Studiengänge zu Nachhaltigkeitsthemen einsetzen können. Ferner setzen wir uns dafür ein, beim Neubau sowie der Sanierung von Hochschulgebäuden das Gebot der Nachhaltigkeit stärker zu berücksichtigen. Wir unterstützen zudem die Hochschulen in ihren Bemühungen Klimaneutralität zu erreichen.

7. Inwiefern plant Ihre Partei, die Finanzierung der Studierendenwerke endlich deutlich zu erhöhen und so zur Bildungsgerechtigkeit und Attraktivität des Hochschulstandorts NRW beizutragen?

Wir schätzen die wichtige Arbeit der Studierendenwerke zum Wohle der Studierenden. Deshalb haben wir bereits in Regierungsverantwortung die Grundfinanzierung der Studierendenwerke um rund 11 Prozent auf den Rekordwert von jetzt rund 45 Millionen Euro angehoben – die stärkste Erhöhung seit

zehn Jahren. Zusätzlich haben wir den Studierendenwerken für den Neubau von Mensen sowie die Sanierung und Modernisierung von Studierendenwohnheimen gezielt aus Hochschulpaktmitteln Investitionsgelder von mehr als 77 Mio. Euro zur Verfügung gestellt – die Vorgängerregierung hat in den Jahren zuvor keinen Euro hieraus bewilligt. Für die Digitalisierung von Studierendenwohnheimen haben wir zudem zusätzlich 6 Millionen Euro bereitgestellt. Wir setzen uns dafür ein, diesen Weg gemeinsam mit den Studierendenwerken in den nächsten Jahren konsequent fortzusetzen.

8. Mit welchen Mitteln beabsichtigt Ihre Partei, nachhaltige Mobilität zu fördern? Streben Sie an, die Tarif- und Preisstruktur des NRW-Tickets für Studierende zu verbessern? Ist geplant, in NRW ein Ticket zu schaffen, welches auch für Menschen im FSJ, BFD, in Ausbildung usw. gilt?

Wir setzen uns für einen attraktiven und bezahlbaren ÖPNV in NRW ein. Die Hürden für die Nutzung des ÖPNV wollen wir durch die Einführung einfacher, digitaler Registrierungs- und Abrechnungssysteme weiter reduzieren. Um die ÖPNV-Angebote zukünftig noch kundenfreundlicher zu gestalten und die Umsetzung neuer Angebote zu ermöglichen, wollen wir den Einsatz der finanziellen Mittel durch die Verbände noch besser steuern. Ziel ist die Umsetzung einheitlicher Tarife und Tickets, einfacherer Zugangssysteme, einheitliche Verkaufsinformationen und insbesondere der konsequente Ausbau von On-Demand-Angeboten. Um die Mobilität von Azubis und Meisterschülern zu verbessern und bestehende Benachteiligungen gegenüber Studierenden abzubauen, haben wir bereits in Regierungsverantwortung ein vom Land gefördertes AzubiTicket eingeführt. Studierende bezahlen über ihren Semesterbeitrag rund 35€ für ein NRW-weites Semesterticket und können damit den ÖPNV sehr günstig nutzen. Veränderungen in der Tarif- und Preisstruktur des Semestertickets obliegen den ASten, welche die Verhandlungen mit den regionalen Verkehrsverbänden führen.